

ung Heldt ist eine Sparschaffte des Verbandes Sächsischer Industrieller an das ausländische Kapital. Gute ist lediglich der Handlungskomitee des Verbandes Sächsischer Industrieller. (Große Heiterkeit.) Damit ist auch die Rolle der sozialdemokratischen Partei klar gestellt. Die Sozialdemokratie habe die Arbeiterschaft verraten. Die Sozialdemokratie sei sogar fähig, mit den Deutschen eine Koalition einzugehen. Die Regierung Heldt sei eine typische bürgerliche Klassenregierung und zwar eine Minderheitsregierung, die nichts für die Arbeiter tun werde, da ihr die Hände durch die Arbeitgeber gebunden seien und diese den brutalsten Terror gegen das gesamte Proletariat betrieben. Die Landtagswahlen werden das Schicksal der Sozialdemokratie feststellen.

Abg. Sievert (Komm.) bemängelt, daß der Untersuchungsausschuss über die Schandtaten der Wehrmacht noch nicht gewählt sei. Er beantragt, die Wahl in der nächsten Sitzung vorzunehmen. Dies wird jedoch mit Hilfe der Sozialdemokraten abgelehnt. (Ungeheuerlicher Lärm bei den Kommunisten.) Der Abg. Vethke (Soz.) will den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokraten rechtfertigen, bleibt bei dem großen tumult aber unverständlich.

Abg. Wirth (Soz.): Ich will Ihnen erklären, daß uns der Entschluß, die große Koalition einzugehen, sehr schwer geworden ist. Es gab jedoch für uns keinen anderen Ausweg. Man wird uns von verschiedenen Seiten angreifen, aber wir können für uns in Erfahrung nehmen, daß wir mit diesem Vorgehen das Beste für die sächsische Arbeiterschaft und das sächsische Volk gewollt haben. Man kann uns nicht den Vorwurf der Rechtfertigung machen. Wir haben den parlamentarischen Aelch bis auf den letzten Tropfen geleert.

Eine Partei, die noch einen Funken von Unstand und Ehrgefühl hat, kann mit den Kommunisten keine Politik mehr machen.

Es ist zur Genüge festgestellt, daß die Kommunisten vor nicht bereit sind, praktische Politik zu treiben. Über die Schwierigkeiten werden wir durch Neuwahlen nicht hinwegkommen, auch wenn sich die Konstellation um einige Mandate verschieben würde. Hauptfache ist, dafür zu sorgen, daß das sächsische Parlament endlich einmal arbeitsfähig wird. Wir haben die Hoffnung, daß die jetzige Koalition den Wünschen des arbeitenden Volkes Rechnung trägt, soweit das menschenmöglich ist.

Abg. Hofmann (Dn.) gibt namens seiner Fraktion eine längere Erklärung ab, in der es heißt: Unsere Beurteilung der Koalitionsregierung Heldt ist auch nach der Regierungserklärung die gleiche, die unser Fraktionskollege Herr Beutler bereits am 4. Januar bei der Ministerpräsidentenwahl dem Hause bekanntgegeben hat.

Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, daß in allen Koalitionsregierungen mit der Sozialdemokratie die leichten die bürgerlichen Teile dieser Neuerungen nur benutzt werden, ihre eigenen Partizipale zu erreichen. Ohne Rücksicht und Schonung der Rechte und ohne Rücksicht der politischen Ausschaffungen der bürgerlichen Parteien.

Die Bildung der jetzigen Koalitionsregierung bedauern wir noch deshalb, weil dadurch verhindert worden ist, daß den weitesten Kreisen des Volkes der Kontakt der bisherigen sozialdemokratischen Regierungskunst offenbar wird und weil hierdurch die Auflösung des Landtages unterblieben ist, die, wie die Gemeindevertreterwahlen unzweckmäßig erscheinen lassen, zu einer bürgerlichen Mehrheit des Landtages geführt haben würde. Bei allen unseren bisherigen republikanischen Regierungen gab es unter dem Druck der sozialistisch-kommunistischen Landtagsmehrheit keinen Willen der Verständigung zwischen den einzelnen Parteien und Volksgruppen, sondern nur rücksichtlose Ausnutzung der Macht für sozialistische Ziele und Utopien. Es ist zu befürchten, daß die heutige große Koalition keinen langen

Bestand haben wird, wie stehen sicher bald vor einer neuen Regierungskrise, deren wir in den letzten 18 Monaten nicht weniger als vier erlebt haben. Das hätte kein gesunder Staatskörper aus, ohne schweren Schaden zu leiden, noch weniger aber ein innerlich durch ununterbrochene sozialdemokratisch-kommunistische Parteiwirtschaft vollständig zerstörter, wie unser sächsischer. Wir sind Gegner der großen Koalition. Wir halten es jetzt aber nicht an der Zeit, dem kommunistischen Misstrauensantrag zuzustimmen. Wir sind der Meinung der Regierung müsse Zeit gelassen werden, sich zu bewähren oder nicht. Aus diesem Grunde werden wir uns heute bei dem Misstrauensantrag der Kommunisten der Abstimmung enthalten!

Abg. Schwarz (Soz.) gibt im Auftrage der sozialdemokratischen Minderheit eine Erklärung ab, in der es diese ablehnt, für die Programmrede des Ministerpräsidenten Heldt die Mitverantwortung zu übernehmen. Die sozialdemokratische Minderheit wird sich daher an der Abstimmung über diesen Misstrauensantrag nicht beteiligen.

Abg. Dr. Schröder (Dem.) wendet sich gegen den Abg. Wirth.

Dein Name über Terror ist Deichsel. Eine Partei, die den Terror zum Dogma macht, sollte sich nicht so auspielen und gegen Terror ein Wort sprechen. Die Schwierigkeit kann durch Neuwahlen nicht gelöst werden. Es ist der Sinn der Koalition, das Mögliche zu erreichen. Bei gutem Willen kann dieses Ziel auch erreicht werden. Sie müssen und Zeit lassen. Ich freue mich, daß der deutschnationale Sprecher erklärt hat: Wir wollen der Regierung Zeit lassen, sich zu bewähren. Wir legen besonderes Gewicht auf drei Punkte auf die starke Förderung des demokratischen Verfassungsgedankens, den Gedanken der Volkgemeinschaft und des Frieds und endlich den Gedanken, Frieden zu halten und zum Frieden zu kommen; auch mit dem Feinde. Auf den leichteren Gesichtspunkt lege ich außerordentlich viel Gewicht. Wir wünschen, daß der Ausnahmezustand befehligt wird, aber auf dem Wege, der auch ohne Ausnahmezustand Ruhe und Ordnung sichert. Wir hoffen, daß wir endlich einmal zu einer zusammenhängenden Arbeit im Dienste des Landes kommen.

In seinem Schlussspruch behauptet der Abg. Sievert (Komm.) unter großer Unruhe des Hauses, daß Buchhaus, Polizei und Kirche von der neuen Regierung tatsächlich angewendet werden würden, um die Arbeiter zu überzeugen, daß die Koalition in ihrem Interesse liegt. Wer mit kapitalistischen Ausbeutern wie Reinhold und Niethammer geht, kann nicht behaupten, daß er den Sozialismus will. Es gibt nur eine Möglichkeit aus diesen Zuständen herauszukommen: die Befreiung des Privatgegenstands und die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise.

Der kommunistische Misstrauensantrag gegen die Regierung Heldt wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Deutschen und die Linksozialisten haben den Saal während der Abstimmung verlassen.

Hierauf fand die zweite Verkündung des Gesetzes über die Übertragung des staatlichen Kohlen- und Elektroaltkontrollunternehmens an die Aktiengesellschaft Sächsische Werke zu Dresden.

Finanzminister Reinhold tritt dem Vorwurf entgegen, daß der Staat seinen Besitz an die Privatindustrie verschachern wolle. Der Staat bleibt im Besitz der Alten. Die Gefahr einer Preisüberspannung ist unbegründet. Die Aktiengesellschaft wird ihre Tarifpolitik so einstellen, daß die Wirtschaft gesäubert wird. Das Unternehmen ist ein gemeinnütziges und wird es bleiben. Darauf wird die Befragung in der Ausschusssitzung verabschiedet. Ohne Aussprache wird die Befragung über den Verlauf des Staatsgebäudes Seestraße 18 in Dresden an die Sächsische Staatsbank gegen wenige Stimmen genehmigt. Die Entwürfe zu Nachträgen für

den ordentlichen und außerordentlichen Staatshausbauplan 1923 gehen an die zuständigen Blätterläufe.

Antrag auf Auflösung des Landtages.

Die sozialdemokratische Minderheit hat einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingereicht. Der Antrag ist nur von 14 Sozialdemokraten unterschrieben. Es fehlt der Name des Abg. Hellrich.

Von Stadt und Land.

Aus, 18. Januar.

Sitzung des Gesamtvorstandes

des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Der Gesamtvorstand des Verbandes beschloß sich in seiner am 14. Januar abgehaltenen Sitzung zunächst erneut mit der Notverordnung über die weitere Erhebung der Gewerbesteuer und die Einführung einer Arbeitgeberabgabe und delegierte nach sehr eingehenden Darlegungen der sächsischen Vertreter aus den verschobenen Industrien und Bezirken Sachsen über die Untragbarkeit der bevorstehenden Belastung einige Vorstandsmitglieder zu besonderen Verhandlungen mit Vertretern des Rechtsausschusses des Landtages, um den Herren die schweren Bedenken gegen das geplante Steuervorhaben nochmals darzulegen. Der Gesamtvorstand nahm dann einen Bericht des Landtagsabgeordneten Dr. Schneider über den gegenwärtigen Stand der Vermögenswegen Beschaffung von Exportförderung entgegen. Beziiglich der neuen Gütertarife der Reichsbahn wurde der vom Reichsverkehrsministerium vorgenommene 8 prozentige Abbau des Gütertarife als erster kleiner Anfang einer Besserung der staatlichen Eisenbahnpolitik begrüßt, aber als zu gering bezeichnet. Ein gehend beschäftigte sich der Gesamtvorstand hierauf mit dem Gesetzentwurf der sächsischen Regierung betr. die Übertragung der staatlichen Kohlen- und Elektroaltkontrollunternehmen an die Aktiengesellschaft Sächsische Werke zu Dresden und sah hierzu den nachstehenden Beschluß:

Der Gesamtvorstand begrüßt grundsätzlich diesen Schritt der sächsischen Regierung, da er die Durchdringung dieser Staatsbetriebe mit privatwirtschaftlichem Geiste erhofft läßt. Er erwarte aber anderseits mit aller Bestimmtheit, daß die Monopolstellung, in die auf diesem Wege die staatlichen Unternehmungen immer mehr und mehr hineinwachsen, nicht zu einer Machtstellung, besonders auf dem Gebiete der Stromversorgung und der Strompreispolitik entwidelt wird, die den Interessen von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, sowie der Kleinverbrauchschaft zuwiderläuft. Auch die neue Aktiengesellschaft muß sich in erster Linie als gemeinnütziges Unternehmen betrachten, dessen vornehmste Aufgabe die Errichtung billiger elektrischer Energie und die Abgabe zu günstigen Bedingungen sein muß. Der Gesamtvorstand macht daher seine Zustimmung zu diesem Gesetz von der Bedingung folgender Richtlinien abhängig:

1. Die Gemeinnützigkeit des Unternehmens muß unbedingt gewährleistet werden.
2. Die geplante Umbildung muß zur weitgehendsten Lösung der Aktiengesellschaft vom Einfluß der Staatsregierung führen.
3. Allen Kreisen der sächsischen Verbraucher muß durch eine Vertretung im Verwaltungs- und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft die Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen ermöglicht werden."

Die neuen Stromlieferungsbedingungen der staatlichen Elektroaltkontrollunternehmen fanden gleichfalls eingehende Behandlung. Zu der beabsichtigten Gründung eines Centralverbandes deutscher Aktiengesellschaften in Leipzig erklärte der Gesamtvorstand, daß sochlich keine Notwendigkeit für eine solche Neuordnung vorliege, da ausreichend Organisationen vorhanden sind, um jedes Bedürfnis nach Vertretung industrieller Interessen, insbesondere auch der Aktiengesellschaften, zu befriedigen. Besonders zu betonen sei, daß die Industrie bereits gegenwärtig unter einer gewissen Überorganisation zu leiden hat.

* * *

Der tote Gast.

Novelle von Heinrich Scholze.

Die Thusnelda.

Einer meiner Freunde, er hieß Waldrich, hatte die hohe Schule kaum seit zwei Jahren verlassen und sich in einer Provinzial-Hauptstadt als überzähliger und unbeschäfteter Gerichtsassessor oder vergleichbarer herumgetrieben, da eben in die Posaune des heiligen Krieges gestoßen ward. Es galt die Verteilung Deutschlands vom Jodge des französischen Groberers. Ein frommer Eiser bemächtigte sich alies Volks, wie man weiß. Freiheit und Vaterland war das Feldgeschrei in Städten und Dörfern. Tausend und tausend Jünglinge flogen freudig zu den Fahnen. Es galt Deutschlands Ehre und die Hoffnung, auch dann auf Hermanns Boden vielleicht ein edleres Leben zu finden, in geistlich geregelten, des gebildeten Bettalters würdigeren Verhältnissen. Mein lieber Waldrich hatte an dem frommen Eiser und der schönen Hoffnung seinen guten Teil. Nur, er empfahl sich seinem Gerichtspräsidenten zu Gnaden und wählte statt der Feder das Schwert.

Weil er noch nicht das volle Alter geistlicher Mündigkeit besaß, schrieb er, da er keine Eltern mehr hatte und Kleingeld doch in allen Fällen wohlstut, seinen Vormund um die Erlaubnis, den Zug fürs Vaterland mitzun zu dürfen, und ersuchte um hundert Taler Kleingeld. Sein Vormund, Herr Bantes, ein reicher Fabrikherr in der Stadt oder im Städtchen Herdestheim an der Aa, der ihn, wenn man so sagen will, erzogen hatte (Waldrich hatte nur als Knabe, bis zur Hochschule, bei ihm im Hause gelebt) — Herr Bantes war ein alter, wunderlicher Herr.

Dieser schickte ihm einen Brief mit fünfzehn Dousdor in Gold folgenden Inhalten: „Mein Freund, wenn Sie noch ein Jahr älter sind, können Sie über sich und den kleinen Rest Ihres Vermögens nach belieben verfügen. Bis dahin bitte, Herr Zug fürs Vaterland ein zu stellen und Ihren Geschäftsräumen obzulassen, um eins Amt

und Platz zu bekommen, denn das wird Ihnen sehr nötig sein. Ich weiß, was ich meiner Pflicht und Dero Vater, meinem Freunde fürg, schuldig bin. Lassen Sie endlich Ihre Schwundelten alle einmal fahren und werden Sie solid. Ich schicke daher keinen Kreuzer. Bleibe Dero u. s. w.“

Die in Papier gewickelten fünfzehn Dousdor standen mit diesem Briefe in festarem, doch gar nicht unangenehmem Widerspruch. Waldrich hätte sich ihn noch lange nicht und vielleicht nie erklärt, wäre sein Blick nicht auf das zu Boden gefallene Papier geraten, worin das Geld eingeschlagen gewesen. Er nahm es. Er hielt: Lassen Sie sich nicht abschrecken. Bleiben Sie hinaus für die heilige Sache des armen deutschen Vandes. Gott schaffe Stiel. Dies wünscht Ihre ehemalige Gewiessln Friederike.“

Diese Gespielin Friederike war nun keine andere, als die junge Tochter des Herrn Bantes. Der Himmel weiß, wie sie zum Briefverleger ihres Vaters gekommen war. Waldrich hand ganz begeistert da, mehr über das Geldeberg des deutschen Mädchens, als über das Gold entzückt, welches Friederike vermutlich aus ihrem Sparboden dazu gelegt hatte. Er schrieb auf der Stelle nach Herdestheim an einen Freund, schloß ein paar dankbare Bitten für das kleine Mädchen ein (er hatte aber vergessen, daß das kleine Mädchen wohl seit vier Jahren etwas gewachsen sein konnte), nannte es sogar seine deutsche Thusnelda, und wanderte stolz, wie ein zweiter Hermann, dem Rheine und den Deeren zu.

Das Antogno.

Ich möchte hier gar nicht umständlich Waldrichs Hermannstaten erzählen. Genug, er war dabei, wenn es galt. Napoleon ward glücklich entkettet und nach Elba geschickt. Waldrich feierte nicht zurück wie die alten Freiwilligen, sondern ließ sich gefallen, als Oberleutnant in ein Drittes Infanterieregiment zu treten. Das Leben gefiel ihm im Felde besser als hinter den Altenschänzen der staubigen Schreibstube. Sein Regimentsmutter machte auch den zweiten Zug gegen Frankreich

mit und kehrte endlich nach vollbrachtem Werk unter Bouafischlag und Sing und Sang in die Heimat zurück.

Waldrich, der in zwei Schlachten und mehreren Gefechten gestritten hatte, war so glücklich gewesen, ohne alle Wunden davon zu kommen. Er schmeichelte sich, als einer der Vaterlandshelden zur Belohnung bald vorausgeworfene eine bürgerliche Anerkennung zu erhalten. Er war beim Regiment wegen seiner Liebenswürdigkeit und vielen Kenntnisse sehr geschätzt. Allein mit der Anerkennung ging es nicht so schnell, als er hoffte. Es waren zu viel Söhne und Söhnen von Gehlern. Präsidenten usw. zu versorgen, welche so klug gewesen waren, andere in den heiligen Krieg ziehen zu lassen, aber für ihre Person zu Hause zu bleiben; auch hatten sie wohl vor ihm das Unsehen der Geburt voraus. Denn Waldrich stammte nur von bürgerlichen Eltern.

So ließ es sich nicht ändern. Er blieb Oberleutnant, und das umso lieber, weil ihm Herr Bantes, sein gewesener Vormund, längst den winzigen Rest Jetz'nes väterlichen Erbteils ausgehändigt hatte, und dieses längst schon zu allen Heiden ausgewandert war. Er trieb sich also in der Besatzung umher, mache in den Wachtstuben Gedichte und auf den Paraden philosophische Betrachtungen. Dies gab ihm bitters Bangerwelle, die einmal die Truppen verlegt wurden. Da traf es sich ganz unerwartet, daß seine Kompanie Befehl erhielt, nach Herdestheim in Besatzung zu gehen.

In der Spize seiner Kompanie — denn der Hauptmann ein reicher Baron, war auf Urlaub — rückte er als Kommandierender in sein Vaterlandshäuschen ein. O, wie ward ihm beim Andblick der zwei schwarzen, hochgespannten Türe und des alten, wohlvertrauten grauen Torturms. Vor dem Rathause schwieg die Trommel. Ein paar Ratsherren brachten die Quartierskarten. Der Kommandierende, versteht sich, ward ins vornehmste, das ist, ins reichste Haus der Stadt einzquartiert, also auch zu Herrn Bantes. Ungenügend hätte ihm der gesamte ländliche Stadtrat nicht erweisen können.

(Fortsetzung folgt.)